

Mehr als eine Sprachenschule

Näher ran an die Kunden: Die Berliner Volkshochschulen wollen sich fürs digitale Zeitalter fit machen

VON AMORY BURCHARD

„Besonders die Leute auf der Straße haben mich sehr geholfen – oder mir?“, fragt ein junger Syrer lächelnd in die Kamera. Das Werbe-Video der Berliner Volkshochschulen für kostenlose Deutschkurse ist professionell gemacht. Um Landsleute zu motivieren, sprechen Geflüchtete über die ersten Worte, die sie gelernt haben, und über ihre Zukunftspläne.

Michael Weiß, Direktor der Volkshochschule Mitte, ist stolz auf die Kampagne und das umfassende Kursangebot mit über 70 000 Teilnehmenden im vergangenen Jahr. Dazu zählen auch Elternkurse in Kitas und Schulen sowie Sprachtests zur Einbürgerung. „Bei den Deutsch- und Integrationsangeboten gibt es eine berlinweite Abstimmung unter den zwölf VHS-Standorten, das funktioniert sehr gut.“ Doch Weiß und seine Kolleginnen und Kollegen an den insgesamt zwölf Berliner Volkshochschulen wollen mehr – mehr Kooperation in allen Bereichen und mehr Geld.

Jährlich zwei Millionen Euro zusätzlich vom Land Berlin fordern sie für ein neues gemeinsames Servicezentrum. Dort sollen nicht nur die Deutschangebote koordiniert, sondern das gesamte Programm auch für die Kultur-, Gesundheits- oder Sportkurse abgestimmt und vermarktet werden. Die Stärke der zwölf Standorte liege zwar darin, dass sie in jedem Bezirk vertreten seien und „kieznah“ auf die Interessen der Berliner eingehen könnten. „Doch gleichzeitig verstehen die Kunden uns als eine Einrichtung“, sagt Weiß. Deshalb müssten sich alle Kurse über einen modernen und attraktiven Internetauftritt und auch über eine App erschließen lassen und inhaltlich „anschlussfähig“ sein. „Wenn ich in Mitte einen B2-Kurs in Englisch abgeschlossen habe, muss der Konversationskurs in Tempelhof-Schöneberg dazu passen“, sagt Weiß.

Überhaupt wollen sich die Volkshochschulen für das digitale Zeitalter fit machen. Während sich das Berufsleben schnell in Richtung Arbeitswelt 4.0 verändert, entwickle sich das passende Kursangebot nur schwerfällig, gibt Weiß zu. Um die eigene und die von Teilnehmern mitgebrachte IT-Technik abzustimmen, Programme für das digitale Lernen – in der VHS und zu Hause – aufzustellen und die Kursleiter fortzubilden, sei eine zentrale Stelle unerlässlich.

Versprochen hat der Senat diese bereits im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag vom November 2016. „Das Servicezentrum befindet sich im Aufbau“, teilt die Bildungsverwaltung jetzt auf Anfrage mit. Im kommenden Doppelhaushalt seien Mittel eingeplant, um die Arbeit in den Bereichen Integration, Digitalisierung, Marketing und Programmentwicklung zu stärken. Dabei geht es allerdings nicht um zwei Millionen Euro pro Jahr, sondern um 250 000 Euro für 2018 und 500 000 Euro für 2019. Das würde gerade einmal reichen, um die Geschäftsstelle für die Sprach- und Integrationskurse weiterzubetreiben, klagt Michael Weiß. Deren Förderung aus dem Berliner Masterplan Integration läuft Ende dieses Jahres aus. Unterfinanziert seien auch die bereits bestehenden Servicestellen für Prüfungen und für die VHS-IT.

Kein ausreichender Spielraum also für die Neuerung der Berliner Volkshochschulen? „Mit dem Geld kann man keinen



Vorrang für Integration. Stark beansprucht werden Volkshochschulen durch Deutschkurse für Geflüchtete. Die Kritik, das führe zur „Gesamtberliner Sprachenschule“ und dem Wegfall anderer Angebote, weist der Direktor der VHS Mitte zurück. Foto: Bernd Von Jutrczenka/pa/dpa

neuen Bereich aufbauen“, sagt auch Clara Herrmann (Grüne), Stadträtin für Kultur und Weiterbildung in Friedrichshain-Kreuzberg. In der Erwachsenenbildung seien die Volkshochschulen schon heute „sehr attraktiv für die Berlinerinnen und Berliner“. Doch sie bräuchten noch mehr Kundenorientierung, etwa durch eine Hotline für Fragen zu den Kursen, durch E-Learning-Angebote und eine bessere Programmentwicklung.

„Das zwölfmal in Berlin zu machen, wäre ineffektiv“, sagt Herrmann. Durch die Servicezentrale würden die VHS zukunftsfähig – aber nicht, wenn man die gemeinsamen Projekte nur mit Kleckerbeträgen angehe. Stadträte und VHS-Leitungen drängen darauf, den Etat für das Servicezentrum in den laufenden Haushaltsberatungen noch nachzubessern.

Gerechtfertigt sehen die Volkshochschulen ihre Millionen-Forderung durch einen drastischen Personalabbau von 26 Prozent der Stellen seit dem Jahr 2000. Dem gegenüber stünden Leistungssteigerungen von 20 Prozent seit 2006, heißt es in einer Erklärung von acht Bildungstadträtinnen und -stadträten. 2016 hat sich das Angebot noch einmal um 10,5 Prozent auf rund 804 000 Unterrichtsstunden in über 20 000 Kursen gesteigert. 73 Prozent des Berliner VHS-Angebots entfallen mittlerweile auf Sprachkurse – allen voran Deutsch als Fremd- oder Zweitsprache.

Dafür seien in der politischen, beruflichen und allgemeinen Bildung Stellen und Angebote abgebaut worden, kritisiert Monika Oels, ehemalige VHS-Direktorin und Koordinatorin der Fachgruppe Erwachsenenbildung in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Die Volkshochschulen seien „auf

dem Weg zur Gesamtberliner Sprachenschule“. Dem widerspricht Michael Weiß: Wegen der Deutsch- und Integrationskurse sei „kein einziger Kurs aus dem sonstigen Angebot gestrichen worden“.

Oels mahnt auch die im Koalitionsvertrag versprochene „Gute Arbeit“ für die Volkshochschulen an. Für die umfangreichen Daueraufgaben in der kommunalen Erwachsenenbildung sollten reguläre Lehrstellen geschaffen werden. Über 25 Prozent der Lehrkräfte müssten sich mit dem Status einer „arbeitnehmerähnlichen“ Person begnügen, obwohl sie ihren Lebensunterhalt überwiegend an der VHS verdienen. Der Rest arbeite ohne jegliche Sicherheit als Honorarkraft. Gegen prekäre Beschäftigung und für die von der Koalition in Aussicht gestellten 20 Prozent Festanstellungen demonstrierten in der vergangenen Woche – trotz Regens und Sturms – Honorarlehrkräfte vor dem Brandenburger Tor.

VHS-Direktor Weiß ist mit weitergehenden Forderungen jedoch zurückhaltend. Ein 25-prozentiger Aufschlag auf den mittleren Stundenlohn von 30 Euro sowie bei Krankheit 80 Prozent Honorar ausfallzahlungen für bis zu sechs Wochen bedeuteten zumindest eine „gewisse Absicherung“ für Kursleiter, die ihren Lebensunterhalt voll aus der VHS-Tätigkeit bestreiten. Im Sprach- oder IT-Bereich könne er sich aber durchaus feste Weiterbildungslehrkräfte vorstellen. In vielen anderen Bereichen müssten die Volkshochschulen jedoch flexibel bleiben, um

auf sich wandelnde Kurs-Moden reagieren zu können, sagt auch Clara Herrmann. Problematisch sei aber, dass jede Volkshochschule Honorarsteigerungen selber erwirtschaften müsse. „Das bedeutet: Entweder sie erhöhen die Entgelte für die Nutzer, oder sie bieten größere Kurse an“, sagt Herrmann. Weitere Honorarerhöhungen müsste das Land Berlin gegenfinanzieren, fordert sie.

Aktuell kostet ein VHS-Kurs mit 30 Unterrichtsstunden im Schnitt 100 Euro – zu viel für Geringverdiener, sagt Monika Oels. Das System der Kostendeckung, zu dem die Volkshochschulen gezwungen seien, lasse diese Vollzahler bevorzugen. Auch Michael Weiß findet es problematisch, „dass Honorarerhöhungen über Einnahmesteigerungen erzielt werden müssen“. In einigen Bezirken führe das tatsächlich zu einer „Entmischung der Teilnehmerschaft“. Die VHS machten aber immer auch kostenfreie Angebote etwa in der politischen Bildung. In den kommenden zwei Jahren wird eine Steigerung der Kursleiterhonorare wohl ohnehin ausbleiben. Aufgrund anderer „prioritärer Vorhaben“ wie im Schulbau seien Mittel dafür im Haushalt nicht vorgesehen, heißt es aus der Bildungsverwaltung.

Für Michael Weiß haben die inhaltlichen Zukunftsprojekte Vorrang. Die Häuser müssten sich auch als „Volkshochschulen in der Einwanderungsgesellschaft“ neu aufstellen. „Wir wollen die Menschen, die bei uns Deutsch gelernt haben, für das lebenslange Lernen gewinnen, wir wollen sie zu IT- oder Gesundheitskursen einladen.“ So ein schöner Imagefilm wie für die Deutschkurse könnte dabei sicher helfen, sei aber derzeit nicht zu finanzieren.

POSITION

Finanzen aus den Fugen

Bis 2020 müssen die Weichen für die Gemeinschaftsfinanzierung des Bundes und der Länder für Wissenschaft und Forschung neu gestellt werden. Der Hochschulpakt, der Pakt für Forschung und Innovation (PFI) und die Programmpauschale der DFG mit einem milliardenschweren Finanzvolumen werden dann auslaufen. Die neue Bundesregierung muss sofort zusammen mit den Ländern bis zum Herbst 2018 entscheiden, wie es für die Wissenschaft weitergehen soll. Neben dem „Was“ und „Wie viel“ wird es auch um die Frage gehen, wer welchen Anteil übernimmt.

Hier haben die Länder mit ihrer Entscheidung, dem Bund ab 2016 die Finanzierung des PFI allein zu überlassen, eine besondere wissenschaftspolitische Herausforderung kreiert. Sie haben damit für alle institutionell geförderten Forschungsträgerorganisationen

die Länder ab 2021 gut 500 Millionen Euro zusätzlich bereitstellen. Unter Einbeziehung der gerade erreichten Neuordnung der Bund-Länder Finanzbeziehungen erscheint diese Variante nicht vollkommen abwegig, werden die Länder doch künftig in diesem Rahmen allein über 180 Millionen Euro Bundesergänzungszuweisungen zusätzlich zu den Fördermitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung erhalten. Dennoch sind Zweifel angebracht, zumal die Grundfinanzierung der Hochschulen als Kernkompetenz der Länder für sie finanzpolitische Priorität haben dürfte. Deshalb sollte die Nachfolgeregelung für den Hochschulpakt in die Lösung einbezogen und so gestaltet werden, dass er die Länder bei ihrer Kernaufgabe entlastet.

Welche weiteren Alternativen wären vorstellbar? Partieller Ausstieg aus der Gemeinschaftsfinanzierung durch Ent-

Schieflage in der Förderung der Forschung: Die Länder sollten wieder mehr tun

VON HANS-GERHARD HUSUNG



Foto: promo

(Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer Gesellschaft, Helmholtz Gemeinschaft, Leibniz Gemeinschaft) und die DFG die bewährte Finanzierungsstruktur der Gemeinschaftsaufgabe Forschungsförderung unter erheblicher Spannung gesetzt. Vergleichbares gilt zudem für die Programmpauschale, die es der DFG ermöglicht, bewilligte Projekte mit einem Overhead von 22 Prozent auszustatten. An ihrer Finanzierung beteiligen sich die Länder mit weniger als zehn Prozent.

Warum Spannung? Die Gemeinschaftsaufgabe Forschungsförderung nach Artikel 91b Grundgesetz geht von einem Gleichgewicht von Bund und Ländern aus. Seit 1975 sind entsprechend für die Finanzierung der gemeinsam getragenen außeruniversitären Forschungseinrichtungen und die DFG feste Quoten zwischen Bund und Ländern vereinbart. Sie reichen von 50:50 bis zu 90:10. Außerdem gibt es einen Sitzlandanteil. Diese multilaterale Finanzierungsstruktur hat sich jahrzehntlang als segensreich für die Wissenschaft erwiesen. Bund und Länder waren dadurch gleichermaßen am Gedeihen der Wissenschaft interessiert; sie kontrollierten gegenseitig ihr Steuerungsinteresse gegenüber den Einrichtungen zum Vorteil der Autonomie; von der inhaltlichen und finanziellen Initiative eines Partners ging jeweils eine Hebelwirkung für alle anderen aus.

Die aktuelle Finanzierungspraxis beim PFI und der Programmpauschale führt bis zum Jahr 2020 allerdings dazu, dass die vereinbarten Finanzierungsschlüssel faktisch aus den Fugen geraten. So stellt die DFG in ihrem Jahresbericht für 2016 lapidar fest, dass von ihrer Bewilligungssumme „mehr als 67 Prozent vom Bund und gut 32 Prozent von den Ländern kamen“. Zwischen Bund und Ländern vereinbart waren 58:42 Prozent.

Soll das Gleichgewicht entsprechend den vereinbarten Finanzierungsschlüsseln wiederhergestellt werden, müssten

flechtung der Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Ländern: Bei der Abschaffung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau und der Übernahme des Bafög zeigen die Erfahrungen, dass es in den Ländern der Auseinandersetzung mit der Finanzseite bedurfte, um das Geld überhaupt im Wissenschaftssystem zu halten.

Die Lösung sollte also innerhalb der Gemeinschaftsaufgabe Forschungsförderung und damit in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz gefunden werden. Immer wieder hat es Vorschläge für einen neuen Generalschlüssel der gesamten institutionellen Förderung gegeben. Allerdings wären die Auswirkungen auf Bund und Länder sehr unterschiedlich. So würde ein Generalschlüssel von 70:30 den Bund und einige Länder erheblich zusätzlich belasten. 80:20 würde alle Länder entlasten, jedoch müssten aus dem Bundeshaushalt zusätzliche Mittel im oberen einstelligen Prozentbereich bereitgestellt werden.

Ein Nachteil beider Vorschläge ist, dass sie die Rolle der Länder im föderalen Wissenschaftssystem wissenschaftspolitisch undifferenziert reduzieren würden.

Das übergreifende Ziel sollte vielmehr sein, die föderale Rolle der Länder zu stärken, damit sie sich wieder kontinuierlich in eine dynamische Weiterentwicklung der Gemeinschaftsfinanzierung einbringen und sich an Aufwüchsen beteiligen. Dazu könnte eine Lösung der „Schlüsselfrage“ beitragen, die wissenschaftspolitisch abgewogen und differenziert für die jeweilige Einrichtung getroffen wird. Mit der Zukunftsfähigkeit der Gemeinschaftsaufgabe Forschungsförderung steht das föderale System auf der Tagesordnung.

— Der Autor war von 2004 bis 2010 Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung in Berlin (SPD) und zwischen 2011 und 2016 Generalsekretär der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK)

Frauenhirne sind großzügiger

Männer lernen, egoistischer zu sein

Gehirne von Frauen reagieren stärker auf Großzügigkeit als Männergehirne. Das schreibt eine Forschergruppe um Alexander Soutschek von der Universität Zürich im Fachblatt „Nature Human Behaviour“.

Aus Verhaltensexperimenten war bereits bekannt, dass Frauen in der Regel großzügiger sind als Männer. Wenn etwa ein Geldbetrag mit anderen geteilt werden soll, geben Frauen im Durchschnitt mehr ab als Männer. Um diesem Verhalten auf den Grund zu gehen, beobachteten die Forscher die Teile des Gehirns, die bei solchen Entscheidungen aktiv sind. Verantwortlich für die Bewertung und Belohnung solcher Entscheidungsprozesse ist das Striatum, eine Struktur in der Mitte des Gehirns.

Die Forscher untersuchten, wie aktiv diese Hirnregion bei Probanden war, die sich zwischen sozialem und egoistischem Verhalten entscheiden mussten. Die Testpersonen mussten wählen, ob sie einen bestimmten Geldbetrag lieber selbst behalten oder ihn mit jemandem teilen wollten. Bei Frauen war das Striatum deutlich stärker aktiv, wenn sie soziale Entscheidungen trafen, als wenn sie sich egoistisch verhielten. Bei Männern hingegen wurde es stärker aktiviert, wenn sie das Geld selbst behielten.

Das Striatum wird vor allem durch Dopamin aktiviert, dem wichtigsten Botenstoff des Belohnungssystems. In einem zweiten Experiment blockierten die For-

scher dieses System mit Medikamenten und untersuchten, wie sich das auf die Entscheidungen auswirkte. Unter diesen Bedingungen verhielten sich Frauen egoistischer, Männer teilten ihr Geld hingegen öfter mit anderen. Durch Dopamin wird Verhalten belohnt, das subjektiv wertvoll erscheint. Das heißt: Für Frauen ist Teilen wohl wertvoller, als egoistisch zu handeln. Für Männer gilt das Gegenteil.

Soutschek warnt jedoch vor falschen Schlüssen. Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern müssten keinesfalls angeboren oder evolutionär bedingt sein. Stattdessen könnte kulturelles Lernen der entscheidende Faktor sein, denn auch das Lernen ist eng mit dem Dopaminsystem verknüpft.

Während Mädchen oft von klein auf für soziales Verhalten stärker gelobt werden als für egoistisches, ist bei Jungen oft das Gegenteil der Fall. Bis zum Erwachsenenalter verfestigen sich diese kulturellen Normen. „Der Geschlechterunterschied, den wir in unseren Studien beobachtet haben, lässt sich am besten durch die unterschiedlichen kulturellen Erwartungen an Männer und Frauen erklären“, fasst Soutschek zusammen.

FLORIAN SCHUMANN

Die Humboldts und Berlin

Die wohl berühmtesten Söhne der Stadt hatten ein zwiespältiges Verhältnis zur preußischen Metropole

Berlin war ihre Wiege und Bühne. Doch der Stadt, die sich heute so gern mit ihrem Namen schmückt, haben beide zu Lebzeiten lieber den Rücken gekehrt. Paris, Rom, London, Wien – die Humboldt-Brüder suchten ihr Glück an freierdenkenden Orten.

Der 1767 geborene Wilhelm und der zwei Jahre jüngere Alexander haben Geschichte geschrieben – der eine als Philosoph, Sprachforscher und preußischer Staatsmann, der andere als Naturforscher, Weltreisender und Schriftsteller. Ihre Heimatstadt im märkischen Sand in der Nähe von Berlin mochten beide nicht sonderlich. Der Ältere nicht, weil sie ihm zu eng erschienen und kaum Platz für seine Idee von Individualität ließ. Der Jüngere verfluchte die „Sandnatur“, die die Pflanzen ebenso wenig wie seine neuen Betrachtungen zur Natur gedeihen ließ. Ein Glücksfall für Berlin, dass die Humboldts dennoch wieder zurückfanden.

Selbst 250 Jahre nach ihrer Geburt sind die beiden Brüder „Inspiration für unser Denken, Lernen und Handeln in zutiefst humanistischem Sinne“, sagt der Humboldt-Kenner Peter Korneffel, der als Reisejournalist viele Jahre vor allem in Südamerika unterwegs war und den Spuren Alexander von Humboldts zu-

nächst in Ecuador und quer über die Andenketten folgte. Jetzt spürt Korneffel in einer reich illustrierten Doppelbiografie dem Verhältnis der beiden Brüder in und zu Berlin nach.

In Korneffels Buch ist auf leichtfüßige Weise viel Gewichtiges über das Berlin zu Humboldts Zeiten und die prosperierende Gelehrtenrepublik ihrer glanzvollen Epoche zu erfahren. Da geht es zunächst um die von den Hauslehrern Joachim Heinrich Campe und Gottlob Johann Christian Kunth geprägte Kindheit und Jugend der beiden begabten Kinder im Jagdschloss Tegel vor den Toren der damaligen Residenz- und Garnisonsstadt, wo-

hin zurück es später Wilhelm zusammen mit seiner Frau Caroline zieht. Dann werden die Fliegeljahre in Berlin skizziert und die literarischen Salons als Wiege eines neuen Denkens sowie Wilhelms Bildungsreform und die Gründung der heute nach ihnen benannten Universität im ehemaligen Palais des Prinzen Heinrich.

Korneffel vergisst auch die sprachlichen Exkursionen in die Südsee nicht, Alexanders Kosmos-Vorträge in der Berliner Singakademie und dessen „vielbewegte“ Jahre als Kammerherr des preussischen Königs. Ebenso ist zu erfahren, dass Caroline auch als Ehefrau Wilhelms andere Männer nicht immer nur mit „unschuldigsten Empfindungen“ verführte. Dieser wiederum notiert gewohnheitsmäßig entgeltspflichtige Liebesdienste auf Krone und Sous genau in seinem Ausgabenbuch. Zu Alexander schildert Korneffel eine interessante Anekdote aus der Zeit nach dessen Rückkehr aus Paris. Für die im Dezember 1827 begonnenen Kosmos-Vorträge musste der „so anmutig vortragende Naturforscher“ aus dem Hörsaal der Universität in das benachbarte, mit 800 Plätzen damals größte Konzerthaus der Stadt, das heutige Maxim Gorki Theater, ausweichen. „Der König, der ganze Hof, die höchsten Staatsbeamten und Militärpersonen, nebst ihren Damen, alle Gelehrten, Künstler p.p. von Bedeutung“ – die ganze Stadt lag Alexander von Humboldt zu Füßen, als er „in großen Umrissen ein Bild des ganzen großen Naturgemäldes“ entwarf, so schildert es seine

Schwägerin in einem Brief. Typisch Berlin: Die Saalmiete und Heizkosten musste der Forscher, der keinen Eintritt verlangt, selbstverständlich allein übernehmen.

Welche öffentliche Bedeutung in der Tradition der beiden Humboldts das Berliner Stadtschloss haben könnte und was überhaupt von den beiden Brüdern zukünftig bleibt, das beleuchtet Peter Korneffel in einer facettenreichen Spurensuche zum Schluss dieses Bandes über zwei grundverschiedene, doch einander zeit lebens zugewandte Geschwister. MATTHIAS GLAUBRECHT

— Am Sonntag, 22. Oktober, 12 Uhr, stellt Peter Korneffel sein Buch in der Buchhandlung Winter, Giesebrechtstraße 18, Charlottenburg, vor.



— Peter Korneffel: „Die Humboldts in Berlin. Zwei Brüder erfinden die Gelehrtenrepublik.“ Elselngold, Berlin 2017. 199 Seiten, 24,95 €